



Dr. Kirsten Tackmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Agrarpolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE.

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 74308

📠 (030) 227 – 76308

✉ kirsten.tackmann@bundestag.de

Pressemitteilung

Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2013: Bundesregierung hat keine gleichstellungs- politischen Vorschläge

„Die Bundesregierung spielt die Bedeutung der europäischen Agrarförderpolitik zur Überwindung von Gleichstellungsdefiziten in den Dörfern und kleinen Städten herunter. Ein geschlechtsspezifisches Herangehen an ländliche Entwicklungsfragen ist jedoch dringend geboten, wie unsere Kleine Anfrage gezeigt hat,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die Antwort der Bundesregierung auf die Antwort auf die Kleine Anfrage 17/2799 „Gleichstellung in ländlichen Räumen – Situation von Frauen und Mädchen in kleinen Städten und Dörfern“.

Tackmann weiter:

„Die Bundesregierung ist auf dem gleichstellungspolitischen Auge im Bereich der ländlichen Räume blind. Die Gemeinsame Agrarpolitik sei generell geschlechtsneutral gehalten – die Chancengleichheit von Frauen und Männern gewährt. Doch die Realität sieht anders aus: Nur 9,7% der Bauernhöfe werden in Deutschland von Frauen geführt. Damit liegt unser Land skandalös weit unter dem EU- Durchschnitt von 28,8 % und bildet zusammen mit den 5,4% in den Niederlanden das europäische Schlusslicht. Es gibt also viel aufzuholen. Die Agrarförderung im Rahmen der GAP bietet dazu eine wichtige Möglichkeit. Deshalb müssen nach 2013 die Karten geschlechtergerecht neu gemischt werden.“

Der Handlungsbedarf ist, gerade was die Lebensbedingungen von Frauen in ländlichen Räumen angeht, enorm! Fehlende Ausbildungs- und Einkommensmöglichkeiten, ein Lohngefälle von rund 30 Prozent und der zunehmende Abbau öffentlicher Infrastruktur erschweren ihr Leben. Die hohe Abwanderungsquote junger Frauen ist nahezu zwingende Folge. Das Ziel, bis 2013 bundesweit für 35% aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zu schaffen, bezieht sich, so die Antwort der Bundesregierung, lediglich auf den Bundesdurchschnitt – damit bleiben die ländlichen Räume weiter abgehängt! Da Frauen oft nach wie vor den Hauptteil der familiären Betreuung leisten, drohen sie in den Dörfern und kleinen Städten zu doppelten Verliererinnen zu werden.“

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE sollten Förderprogramme so ausgestaltet werden, dass sie zwei wichtigen Verfassungsansprüchen gerecht werden: gleichwertige Lebensverhältnisse für Menschen in ländlichen Räumen herzustellen und die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern. Beides ist nicht voneinander zu trennen.“

Berlin, 23.09.2010

Die Antwort der Bundesregierung finden Sie hier:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/028/1702879.pdf>